

INHALT

1. SPD, Grüne und SSW peitschen Änderung des Sparkassengesetzes durch den Landtag
2. Koalition verabschieden Haushalt
3. Aktion „Rote Hand“ verdient Unterstützung!
4. Besuch der Grünen Woche: Schleswig-Holstein schmeckt lecker!
5. Wäre Habeck nicht Landwirtschaftsminister, hätte er auf Grüner Woche demonstriert

23.01.2013

SPD, Grüne und SSW peitschen Änderung des Sparkassengesetzes durch den Landtag CDU-Fraktion beantragt umfangreiche Anhörung

SPD, Grüne und SSW haben mit ihrer Einstimmenmehrheit heute kurzfristig (23. Januar 2013) die Tagesordnung der Landtagssitzung geändert. Nach einer ersten Lesung am heutigen Tag und einer Ausschussbefassung am Donnerstag soll am Freitag eine Änderung des Sparkassengesetzes beschlossen werden. Damit wird die von CDU und FDP 2010 beschlossene Möglichkeit einer Minderheitenbeteiligung der HaSpa gesetzlich ausgeschlossen. Der genehmigungsreife und von Kartellamt und Bankenaufsicht bereits abgesegnete HaSpa-Einstieg bei der Sparkasse Hohenwestedt kann damit vom Innenministerium nur noch abgelehnt werden.

SPD, Grüne und SSW begründen das Eilverfahren damit, dass Privatbanken sich im Falle einer Genehmigung der HaSpa-Beteiligung in Sparkassen einklagen könnten. SPD-Chef Stegner sei dies bei einem Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverband am vergangenen Mittwoch deutlich geworden. Tatsächlich ist diese Rechtsauffassung jedoch bereits vor drei Jahren breit diskutiert worden. Im von CDU und FDP beschlossenen Gesetz und dem auf dieser Grundlage entworfenen Vertrag zwischen HaSpa und Sparkasse Hohenwestedt gibt es deshalb eine „Rückabwicklungsklausel“. Vereinfacht gesagt: Sollte die HaSpa vor Gericht als „Privatbank“ gewertet werden, muss die Beteiligung rückgängig gemacht werden.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen wies heute deshalb darauf hin, dass es keinen Grund gebe, die vergangenen Mittwoch vom Ältestenrat einvernehmlich vereinbarte Tagesordnung zu ändern. Die Reaktionen der Öffentlichkeit zeigten, dass die gewählte Vorgehensweise geeignet sei, das Ansehen des Landtages und das Vertrauen der Menschen in geordnete Gesetzgebungsverfahren zu beschädigen.

Es gebe keine neuen Erkenntnisse, die Eile erforderten. Vielmehr sei eine umfassende Anhörung erforderlich. Dabei seien auch die Positionen aller Sparkassen sowie der HaSpa

abzufragen. So hatte die HaSpa die Vorgehensweise von SPD, Grünen und SSW als „eindeutiges Signal, dass Partnerschaften mit uns nicht mehr gewünscht sind“, gewertet. Ebenso sei die Kritik der Unternehmerverbände zu berücksichtigen. Deren Präsident Uli Wachholtz hatte gefordert, dass Weichenstellungen in der Kreditwirtschaft mit den Kunden erfolgen sollten, und nicht über sie hinweg. Da außer der geplanten Aussperrung der Haspa bis heute kein Alternativkonzept zur Zukunft der Sparkassen und der Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis vorliege, wachse die Sorge um die künftige Finanzierung des Rückrates der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, des Mittelstands. Das angekündigte parlamentarische Hauruck-Verfahren zur Änderung des Sparkassengesetzes widerspreche gänzlich der angekündigten Dialogkultur des Ministerpräsidenten und seiner Kabinettsmitglieder.

Zur Pressemitteilung des UV-Nord:

<http://uvnord.de/pressedienst/pr130122-Sparkassengesetz.pdf>



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Koalition verabschieden Haushalt

Callsen: Koalition lebt auf Pump bis nichts mehr geht

SPD, Grüne und SSW haben in der heutigen Sitzung mit ihrer Einstimmenmehrheit den Landshaushalt für 2013 verabschiedet. Er sieht eine Neuverschuldung von über 450 Millionen Euro vor. Nachdem 2012 während der CDU-geführten Landesregierung erstmals die Ausgaben im Vorjahresvergleich gesenkt wurden, steigen sie nun wieder deutlich an.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen warf in seiner Rede der Koalition vor, auf Pump zu leben, bis nichts mehr geht. „Wir stehen nach wie vor zur Schuldenbremse und zur Haushaltskonsolidierung: Wir wollen bereits im Jahr 2017 die dauerhaften Ausgaben und die dauerhaften Einnahmen in Deckung bringen“, so Callsen. Dementsprechend sähen die – von der Regierungskoalition abgelehnten - CDU-Änderungsanträge eine Absenkung der Neuverschuldung um über 130 Millionen Euro vor. Callsen warf Ministerpräsident Albig vor, mit keinem Wort auf die Stellungnahme des Landesrechnungshofes eingegangen zu sein, die den Haushaltsentwurf wegen der Rückkehr zum Schuldenkurs scharf kritisiert hatte. „Sie reden von Wachstumspolitik. Das einzige, was ihre Politik erreicht, ist Schuldenwachstum“, erklärte der CDU-Fraktionschef.

SPD, Grüne und SSW bedienen mit den zusätzlichen Schulden lediglich ihre eigene Klientel, sagte Callsen, und nannte Beispiele. 380.000 Euro würden bei der Bio-Informenta in ein Projekt gesteckt, das schon im mecklenburgischen Nieklitz krachend gescheitert sei. Es sei ein zusätzlicher Staatssekretär im Wirtschaftsressort eingestellt worden, den niemand brauche.

Auch in der Staatskanzlei würden neue Stellen geschaffen.

Die Behauptung der Regierungskoalition, dass mit den zusätzlichen Schulden vor allem zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und Investitionen finanziert würden, wiesen die weiteren CDU-Redner anhand der von der Regierung vorgelegten Zahlen zurück. Die Investitionen aus Landesmitteln seien so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Konsumausgaben stiegen demgegenüber von 2012 auf 2013 um 500 Millionen Euro. SPD, Grüne und SSW strichen bis 2020 genau so viele Lehrerstellen, wie von CDU und FDP vorgesehen. Im Bereich der Referendarstellen gingen SPD, Grüne und SSW sogar weit über den von der CDU-geführten Vorgängerregierung geplanten Stellenabbau hinaus.

Link zur Stellungnahme des Rechnungshofes:

http://www.landesrechnungshof-sh.de/file/hh-stellungnahme_2013.pdf

Link zum Vorschlag der Landesregierung zum Stellenabbau im Vergleich zur CDU-geführten Vorgängerregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0600/umdruck-18-0620.pdf>

Aktion „Rote Hand“ verdient Unterstützung!

Schüler aus Wedel machen sich gegen Missbrauch von Kindern in Kriegen stark



Astrid Damerow, MdL, Barbara Ostmeier, MdL, Heiner Rickers, MdL und Hauke Götttsch, MdL

Im Rahmen der Aktion "Rote Hand" haben die migrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag Astrid Damerow und die Wedeler Landtagsabgeordnete Barbara Ostmeier Unterschriften entgegengenommen, die Schüler des Johann-Rist-Gymnasiums in Wedel gegen den Missbrauch von Kindern in Kriegen gesammelt hatten.

Die Aktion "Rote Hand" wurde 2003 in Deutschland gegründet und ist mittlerweile international tätig. Die Aktion richtet sich gegen den Missbrauch von Kindern in Kriegen und bietet Jugendlichen die Möglichkeit sich in und außerhalb von Schulen mit den Themen Krieg, Gewalt und Kinderrechten auseinander zu setzen. Im Fokus steht dabei auch die überparteiliche und direkte Ansprache von Politikerinnen und Politikern durch die Jugendlichen.

„Ich bin sehr beeindruckt von dem großen Engagement, mit dem die Jugendlichen diese Aktion seit Wochen vorbereitet haben. Das verdient Unterstützung“, erklärte Ostmeier. Sie sagte zu, die Unterschriften am 5. Februar 2013 an den Pinneberger Bundestagsabgeordneten Ole

Schröder zu übergeben, der diese an den Bundestag weiterleiten werde.

Die Aktion Rote Hand setzt sich dafür ein, dass keine Kinder unter 18 Jahren in Armeen, bewaffneten Gruppen oder andern militärischen Verbänden geschult oder eingesetzt werden, dass Waffenexporte insbesondere von Kleinwaffen in Krisenregionen unterbleiben und dass mehr finanzielle Mittel für die Resozialisierung sowie medizinische und psychologische Versorgung von Kindersoldaten aufgebracht werden.

„Ich freue mich, dass Kinder und Jugendliche sich in dieser Form für Frieden und Völkerverständigung einbringen. Die Schülerinnen und Schüler haben hier eine Möglichkeit genutzt, sich selbst gegen Krieg und Gewalt und für Kinderrechte einzusetzen“, stellte Damerow fest.

Besuch der Grünen Woche: Schleswig-Holstein schmeckt lecker! Regionale Produkte machen Werbung für Land zwischen den Meeren



Hauke Götttsch, MdL und Johannes Callsen, MdL auf der Grünen Woche

Gemeinsam mit den Abgeordneten des Agrar- und Umweltausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages stattete auch CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, am vergangenen Wochenende der Internationalen Grünen Woche in Berlin einen Besuch ab.

In Gesprächen mit den Ausstellerinnen und Ausstellern aus Schleswig-Holstein, die in Halle 22a ihre Erzeugnisse aus dem Land zwischen den Meeren präsentierten, informierten sich die Abgeordneten aus erster Hand über Herkunft, Herstellung und Vertrieb der regionalen Produkte. Die Angebotspalette war riesig: Von Käse- und Wurstspezialitäten, über Brot- und Backwaren, Getränkeverköstigungen bis hin zu süßen Leckereien – die Besucherinnen und Besucher der Schleswig-Holstein-Halle hatten viel zu probieren.

„Die Ausstellerinnen und Aussteller haben bewiesen, wie lecker Schleswig-Holstein ist. Wir können stolz sein auf die vielen hochwertigen regionalen Produkte, die in unserem Land hergestellt werden“, lobte Johannes Callsen.

Im Rahmen des Rundgangs durfte der Vorsitzende des Agrar- und Umweltausschusses, Hauke Götttsch, seine Küchenfertigkeiten unter Beweis stellen und eine Schleswig-Holstein-Torte in den Landesfarben mit kreieren.

„Das hat richtig Spaß gemacht! Nach den interessanten Gesprächen werde ich mit vielen

Informationen im Gepäck wieder nach Kiel zurückfahren. Unsere Ausstellerinnen und Aussteller haben Schleswig-Holstein würdig vertreten. Ich bin mir sicher, dass das auch die Besucherinnen und Besucher der Grünen Woche aus anderen Bundesländern so sehen und künftig mehr auf schleswig-holsteinische Produkte setzen werden!“, so Hauke Göttsch.

Wäre Habeck nicht Landwirtschaftsminister, hätte er auf Grüner Woche demonstriert CDU-Agrarexperte Rickers kritisiert Aussage des Grünen Politikers

Landwirtschaftsminister Robert Habeck erklärte auf der Grünen Woche gegenüber Medienvertretern: Wäre es nicht seine Aufgabe, als Minister den Ausstellern zu danken, hätte er sich den Demonstranten vor der Messehalle angeschlossen.

„So geht das nicht! Drinnen geht er von Stand zu Stand. Gleichzeitig redet er den Demonstranten nach dem Mund. Als Minister muss Herr Habeck sich schon entscheiden“, kommentierte CDU-Agrarexperte Heiner Rickers den ersten Auftritt Habecks auf der Grünen Woche.

Habecks Strategie werde zunehmend klarer. „Er redet nett mit und zu allen. Gleichzeitig ziehe er knallhart seinen Kurs durch. Das sieht man an der Knickschutzverordnung und an dem rigiden Kurs gegenüber den Fischern“, betonte Rickers.

Der Auftritt auf der Grünen Woche habe allerdings eine neue Qualität: Wenn ein Minister erkläre, nicht aus Überzeugung, sondern aus protokollarischen Gründen die Aussteller der Grünen Woche zu besuchen, dann sei er dort falsch.

„Dann sollte er lieber demonstrieren. Das wäre wenigstens ehrlich. Dann wissen die Bauern, woran sie sind“, so Rickers.



Heiner Rickers, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de